

Bericht über die Staatsverwaltung des Kantons Bern

Autor(en): **Weber**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Bericht des Regierungsrathes über die Staatsverwaltung des Kantons Bern ...**

Band (Jahr): - **(1870)**

PDF erstellt am: **21.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-416123>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Bericht

über die

Staatsverwaltung des Kantons Bern

im Jahre 1870.

Bericht des Regierungspräsidenten.

Volkssentscheide.

In das Jahr 1870 fallen zwei Volkssentscheide. Das Berner-volk beschloß am 3. April mit 31,497 gegen 10,467 Stimmen, das Unternehmen einer Gotthardbahn mit einem Beitrag von einer Million Franken zu unterstützen, und nahm am 1. Mai mit 34,728 gegen 23,042 Stimmen das neue Primarschulgesetz an.

Es mag hier noch erwähnt werden, daß am 15. Januar abhin auch der Voranschlag über den Staatshaushalt des Kantons Bern für die Jahre 1871 bis 1874 vom Volk mit 20,188 gegen 13,959 Stimmen angenommen worden ist. Hiemit ist für den Staatshaushalt unseres Kantons eine festere, einen größeren Zeitraum in's Auge fassende Ordnung im Finanzwesen eingeführt, ein vollständiger Amortisationsplan für die Staatsschulden gegeben und dem Volk mehr als bisher ein Einblick in die gesammte Finanzverwaltung unseres Kantons verschafft.

Großer Rath.

In das Jahr 1870 fällt die Gesamterneuerung des Großen Rathes, des Regierungsrathes und der Bezirksbeamteten. Die ersten

5 Monate dieses Jahres bilden den Schluß der 6., die letzten 7 Monate desselben den Anfang der 7. Verwaltungsperiode seit dem Bestehen unserer gegenwärtigen Verfassung.

Schluß der 6. Verwaltungsperiode. Der abtretende Große Rath hielt noch in 2 Sessjonen 18 Sitzungen und behandelte folgende wichtigeren Geschäfte:

- 1) Die Dekrete: a. über die Stimmregister; b. über die Feststellung des Repräsentationsverhältnisses der kantonalen Wahlkreise; c. über die Begehren nach Revision der Staatsverfassung oder nach außerordentlicher Gesamterneuerung des Großen Rathes; d. über das Verfahren bei Volksabstimmungen und öffentlichen Wahlen.
- 2) Vollziehungsdekrete zu den Gesetzen über Branntwein- und Spiritusfabrikation und über den Handel mit geistigen Getränken.
- 3) Die zweite Berathung über das Primarschulgesetz.
- 4) Freigebung der Mobiliarversicherung,
- 5) Dekret über Verlängerung der Bundesgasse.
- 6) Unterstützung des Gotthardbahnunternehmens durch einen Beitrag von 1 Million Franken.
- 7) Konzession für eine Eisenbahn von Langnau bis zur Luzerner-grenze.
- 8) Konzession für die Brojethalbahn.
- 9) Verschiedene Straßenbauten.

Gesamterneuerung der Behörden.

Von den 235 Großrathswahlen, welche zu treffen waren, wurden 198 im ersten und 37 im zweiten Wahlgang beendigt. Gegen die Wahlverhandlungen, welche größtentheils einen ruhigen Verlauf nahmen, langten wenige Einsprachen ein, meist aus dem Jura, in Folge deren eine Wahl kassirt wurde.

Am 3. und 10. Heumonath machte das Volk seine Vorschläge für die Bezirksbeamtenstellen. Gegen dieselben langten nur drei Einsprachen ein.

Der neue Große Rath wählte in seiner ersten Session den Regierungsrath. Neu wurden in diese Behörde gewählt die H. Generalprokurator W. Teuscher und Const. Bodenheimer, Lehrer an der Kantonschule in Bruntrut.

Ferner besetzte der Große Rath die 8 Stellen der im Austritt befindlichen Obergerichter. Neu wurden in das Obergericht gewählt

die H. Fürsprecher Karl Teuscher in Thun, Gerichtspräsident Jakob Verch in Wangen und Bezirksprokurator H. Antoine in Bruntrut. Auch wurden die Regierungsstatthalter und Gerichtspräsidenten für die neue Verwaltungsperiode gewählt und zwar meist nach dem ersten Volksvorschlag.

Anfang der 7. Verwaltungsperiode. Der neue Große Rath hielt im Berichtjahre in 4 Sessionen 16 Sitzungen und behandelte in denselben folgende wichtigeren Gegenstände:

- 1) Rücktritt vom Vertrag über Gründung eines katholischen Priesterseminars.
 - 2) Ertheilung eines unbeschränkten Kredites für außerordentliche Militärausgaben. Der Regierungsrath hatte beim Ausbruch des französisch-deutschen Krieges, als an die Schweiz die Nothwendigkeit einer sofortigen und umfassenden Grenzbe- wachung herantrat und der Kanton Bern an derselben mit fast 14,000 Mann sich zu betheiligen hatte, vom Großen Rathe einen Credit von 400,000 Fr. für außerordentliche Militärauslagen verlangt. Der Große Rath bewilligte dann aber dem Regierungsrath einstimmig einen unbeschränkten Credit. Er ging hierin einig mit der Stimmung des ge- samten Berner Volkes, welches, im Bewußtsein daß auf Ver- träge kein Verlaß sei, zu nachdrücklicher Abwehr einer Ver- lezung des schweizerischen Gebietes entschlossen war und sofort sich der Angehörigen der aufgebotenen Mannschaft annahm, sowie der Truppen, welche rasch und bereitwillig zu den Waffen geeilt waren. Ueber die Verwendung dieses Kredites erstattete der Regierungsrath am 26. Wintermonat dem Großen Rath einen ersten Bericht.
 - 3) Finanzplan für die Jahre 1871 bis 1874 nebst Budget für 1871.
 - 4) Conzession für eine Brünigbahn.
 - 5) Genehmigung des Finanzausweises für die Jurabahnen, wo- durch dieses Werk, das in volkswirthschaftlicher Hinsicht für unsern Kanton von großer Bedeutung ist und das zugleich zu immer engerer Einigung der verschiedenen Landestheile mächtig beitragen wird, um einen Schritt weiter vorgerückt ist.
- Zu Ständeräthen für 1871 wählte der Große Rath die bis- herigen, H. Regierungspräsidenten J. Weber und Fürsprecher Ch. Sahli, zum Staatschreiber Herrn M. v. Stürler, den bisherigen.

Regierungsrath.

Regierungspräsident bis Ende Mai Herr R.=R. Kurz, von Anfang Brachmonats an Herr R.=R. Weber.

Im Jahr 1870 hielt der Regierungsrath 155 Sitzungen und behandelte in denselben zusammen 3164 Geschäfte.

Staatskanzlei. Die Einnahmen der Staatskanzlei betragen Fr. 18,926. 69, also Fr. 625. 01 weniger als im Vorjahr, die Ausgaben Fr. 54,394. 75, also Fr. 18,835. 80 mehr als im Vorjahr.

Uebersetzungen wurden 841, Abdrücke auf der Staatsautographie 111,773 gemacht.

Die Kosten des Tagblattes betragen für die deutsche und französische Ausgabe zusammen Fr. 12,059. 05.

Von den durch das Staatsarchivariat besorgten oder unterstützten wissenschaftlichen Arbeiten wird die zweite vielfach ergänzte Ausgabe der Uebersicht bernischer Rechtsquellen nächster Tage erscheinen.

Bern den 25. Januar 1871.

Der Regierungspräsident

Weber.